



Berlin, 03.09.2017

Thorsten Frei MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73 972
Fax: +49 30 227-76 972

Wahlkreisbüro:
Justinus-Kerner-Straße 5
78048 Villingen-Schwenningen
Telefon: +49 7721 99 535 44
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.
Thorsten Frei MdB

Besuch am „Sprechenden Wecker“ in Schwenningen

CDU-Bundestagskandidat Thorsten Frei: „Schwenningen hat den Strukturwandel gut gemeistert“

Um über den Strukturwandel in der Uhrenindustrie sowie aktuelle arbeits- und sozialpolitische Themen zu sprechen, trafen sich der CDU-Bundestagsabgeordnete und der Kreisvorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands Gottfried Schmidt am „sprechenden Wecker“ im Möglingspark auf dem ehemaligen Gelände der Landesgartenschau in Villingen-Schwenningen. „Schwenningen war einst wohl größte Uhrenstadt der Welt und hat dann einen tiefgreifenden Strukturwandel durchgemacht“, begründete Thorsten Frei den Ort für den Gedankenaustausch mit seinem Parteikollegen aus Villingen-Schwenningen. Ingeborg Kottmann, die Geschäftsführerin des Uhrenindustriemuseums und ausgewiesene Fachfrau in diesem Bereich, erläuterte den Anwesenden ausführlich die besonderen Rahmenbedingungen in der Neckarquellstadt, die ab 1850 Ursprung eines damals florierenden, weltweit exportierenden Wirtschaftszweiges mit teils mehreren tausend Mitarbeitern waren. Gleichzeitig stellte sie auch die Gefahr „unkalkulierbarer Marktentwicklung bei geringer Produktvielfalt“ heraus. So konnten Junghans, Kienzle und Mauthe als die großen Drei den Strukturwandel ab Mitte der 1960er Jahren nicht mehr bewältigen und mussten Konkurs anmelden.

„Heute haben wir glücklicherweise viele Unternehmen beispielsweise aus der Feinmechanik, die den Standort Schwenningen bereichern“, freute sich Gottfried Schmidt über die positive Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Dies sei keine Selbstverständlichkeit, wenn man sich anschaut, wie viele Unternehmen der Uhrenindustrie seit den 1960er Jahren schließen mussten, fügte der CDU-Bundestagsabgeordnete hinzu. „Nun geht es darum, den Wirtschaftsstandort Villingen-Schwenningen weiter attraktiv zu halten und möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen“, betonte Thorsten Frei. Gottfried Schmidt, ein Vertreter des sozialpolitischen Flügels in der Kreis-Partei, möchte dabei vor allem die Interessen der Arbeitnehmer in den Vordergrund stellen. Er plädierte dafür, die Lebensarbeitszeit nicht zu verlängern und mehr gegen Armut im Alter zu unternehmen. Thorsten Frei stimmte ihm insoweit zu, als dass bestimmte Gruppen, wie beispielsweise Alleinerziehende, zu häufig im Rentenalter auf Grundsicherung angewiesen seien. „Ich bin dafür, dass



wir die von Altersarmut besonders gefährdeten Gruppen gezielt mehr unterstützen. Ich denke dabei auch an die Erwerbsminderungsrentner, für die wir in der ablaufenden Legislaturperiode bereits wichtige Verbesserungen erreichen konnten“, sieht Thorsten Frei trotzdem weiteren Handlungsbedarf.

Die beiden CDU-Politiker kamen auch auf das Thema Leiharbeit und Befristungen von Arbeitsverträgen zu sprechen. Man war sich einig, dass Befristungen nicht zum Standard werden dürften. Befristungen seien oftmals aber auch ein wichtiges Instrument für Arbeitgeber, um beispielsweise mit Elternzeiten sowie zeitlich begrenzten Arbeitsaufträgen umgehen zu können, so Thorsten Frei. „Wir müssen aber darauf achten, dass gerade jungen Familien nicht die Planungssicherheit für die Zukunft genommen wird“, stellte der dreifache Familienvater aus Donaueschingen klar. Gottfried Schmidt sprach das neue Leiharbeitergesetz der Bundesregierung an, das zum 1. April dieses Jahres in Kraft getreten ist. Damit müssen die Unternehmen jeden Leiharbeiter nach spätestens 18 Monaten übernehmen und nach spätestens neun Monaten den gleichen Lohn bezahlen. „Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung“, so der Villingen-Schwenninger. Thorsten Frei und Gottfried Schmidt sehen den Strukturwandel in Schwenningen und Umgebung als Beispiel dafür an, wie mit Innovation, Fleiß und einem gesunden Verhältnis zwischen den Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch schwierige Zeiten gemeistert werden können. Deshalb werde man auch in Zukunft den konstruktiven Austausch untereinander suchen. Dies zeichne eine Volkspartei wie die CDU aus.